

26.06.2015

# Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

**"Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung - Nordrhein-Westfalen als Vorreiter bei der Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele" (Drucksache 16/8988)**

## I. Ausgangslage

Der laufende Verhandlungsprozess der Vereinten Nationen über einen Post-2015-Agenda und die sogenannten nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) stellen eine bedeutende Weichenstellung für die globale Entwicklung dar. Ziel ist es, eine "international vereinbarte, global ausgerichtete und auf alle Länder universell anwendbare Agenda mit einem kohärenten Zielsystem zu entwickeln, um die globale Agenda nachhaltig zu gestalten und auch für zukünftige Generationen die Chancen auf ein erfülltes Leben zu sichern" (Bericht der Bundesregierung vom 03.12.2014).

Dieses ambitionierte Vorhaben baut auf den Ergebnissen der im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniumsziele der Vereinten Nationen auf. Dieser Prozess hat auf verschiedenen Feldern zu erfreulich guten Ergebnissen geführt. Vor allem die Halbierung der Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben müssen, ist beeindruckend.

Mit der Post-2015-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung geht die Weltgemeinschaft nun gleich zwei bedeutende Schritte weiter: Das Ziel, extreme Armut endgültig zu beenden, soll in Einklang gebracht werden mit der Beachtung der ökologischen Grenzen unseres Planeten. Deshalb hat dieser neue "Weltzukunftsvertrag" (Bundesentwicklungsminister Gerd Müller) nicht nur die Entwicklungsländer im Blick; vielmehr sollen die 17 Verpflichtungen dieses Abkommens für alle Entwicklungshilfe-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen gelten.

Nordrhein-Westfalen hat als Industrieland und zentraler deutscher Nord-Süd-Standort erhebliche Potenziale, einen eigenen Beitrag zur Verwirklichung der Post-2015-Agenda zu leisten. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft, Verantwortung auch in der Entwicklungszusammenarbeit zu übernehmen. Die reiche und vielfältige Landschaft an öffentlichen und privaten Organisationen der Eine-Welt-Arbeit, den Eine-Welt-Gruppen, die Bundesstadt Bonn mit dem Sitz von 19 UN-Institutionen einschließlich des neu eröffneten World Conference Center Bonn sowie die Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Partnerländern und Partnerregio-

Datum des Originals: 26.06.2015/Ausgegeben: 26.06.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

nen bieten dafür wichtige Anknüpfungspunkte. Was fehlt, ist der politische Wille der Landesregierung, substanzielle Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit zu unternehmen.

## II. Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Diskussion um die nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) zu nutzen, die eigene entwicklungspolitische Arbeit umfassend zu reflektieren und zu einem neuen ernsthaften Verständnis der eigenen Rolle als Bundesland in der Entwicklungszusammenarbeit zu kommen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich zu substanziellen Fortschritten in den Verhandlungen mit den afrikanischen Partnern Ghana und Mpumalanga/Südafrika zu kommen und die Anstrengungen auch auf höchster politischer Ebene zu intensivieren. Die bisherige Verhandlungsführung seitens der zuständigen Fachministerin ist seit annähernd zwei Jahren fruchtlos geblieben und droht dem Ansehen des Landes zu schaden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die internationale Gesundheitspolitik zu einem substanziellen Baustein der Entwicklungszusammenarbeit weiterzuentwickeln.
4. Der Landtag stellt fest, dass zu einer nachhaltigen Politik des Landes auch eine tragfähige Haushalts- und Finanzpolitik gehören und fordert die Landesregierung auf, alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um das Ziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung schnellstmöglich zu erreichen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich ein Konzept zur Profilierung Bonns als einzigem deutschen UN-Standort und Nord-Süd-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Christina Schulze Föcking  
Ilka von Boeselager

und Fraktion